
Vorsitz: Österreich**986. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 22. September 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.05 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 15.15 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter F. Raunig
R. Lassmann

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG: „RISIKEN UND HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE SICHERHEIT“

– *Vortrag von Air Commodore J. F. Monahan, Leiter „Air, Space and Cyber Doctrine“, Development, Concepts and Doctrine Centre, Verteidigungsministerium des Vereinigten Königreichs*

– *Vortrag von Generalmajor P. N. Murawejka, stellvertretender Generalstabschef der Streitkräfte der Republik Belarus*

– *Vortrag von Generalmajor J. Wikman, stellvertretender Leiter des TSK-gemeinsamen Führungskommandos, Schweden*

Vorsitz, Air Commodore J. F. Monahan, Generalmajor P. N. Murawejka, Generalmajor J. Wikman, Russische Föderation (Anhang 1), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/339/21), Kanada, Vereinigtes

Königreich (FSC.DEL/343/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/334/21 OSCE+), Türkei (Anhang 2) (Anhang 3), Ukraine (FSC.DEL/336/21), Armenien (Anhang 4), Lettland, Litauen, Aserbaidschan, Polen, Rumänien, Bulgarien

Punkt 2 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN

Die Lage in und um die Ukraine: Ukraine (FSC.DEL/337/21), Slowenien – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/340/21), Kanada, Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/342/21 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (FSC.DEL/335/21 OSCE+), Russische Föderation (Anhang 5)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Nebenveranstaltung des FSK-Vorsitzes zum Thema „Der Rahmen für die Rüstungskontrolle“ am 27. September 2021 an der Modul Universität Wien am Kahlenberg und über Videokonferenz: Vorsitz*
- (c) *Derzeit stattfindender E-Learning-Kurs des FSK zu konventioneller Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen: Vertreter/Vertreterin des Konfliktverhütungszentrums*
- (c) *Treffen des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition am 28. September 2021: Vorsitz des informellen Freundeskreises zu Kleinwaffen und leichten Waffen und Lagerbeständen konventioneller Munition (Lettland)*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 29. September 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

986. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 992, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

ich möchte eingangs festhalten, dass ich mich voll und ganz den Ansichten und Einschätzungen anschließe, die heute in der Stellungnahme des Leiters der Direktion Internationale Verträge der Generaldirektion für internationale militärische Zusammenarbeit des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation, Oberstleutnant Alexander Nowikow, und im Vortrag des stellvertretenden Generalstabschefs der Streitkräfte der Republik Belarus, Generalmajor Pawel Murawejka, zum Ausdruck kamen.

Was die Erklärungen unserer geschätzten westlichen Kolleginnen und Kollegen betrifft, ist anzumerken, dass alles, was sie vorgebracht haben, eigentlich auf sie selbst zutrifft und ihre Aussagen wahr würden, würde das Wort „Russland“ durch „die Vereinigte Staaten von Amerika“, „das Vereinigte Königreich“ oder „Kanada“ ersetzt.

Wir würden die von den OSZE-Teilnehmerstaaten geäußerten Besorgnisse über militärische Aktivitäten auf russischem Hoheitsgebiet (im Übrigen unser souveränes Recht) als Versuch bezeichnen, von den provozierenden Aktionen der NATO in der Nähe unserer Grenzen abzulenken.

Dazu einige statistische Informationen. Es sind dies nüchterne Zahlen, ohne jegliche politische Befrachtung. Die Flugeinsätze von strategischen Bombern der US-Luftwaffe in der Nähe der russischen Grenzen haben sich seit 2014 vervierzehnfacht. Jede Woche entdecken die in Dienst befindlichen russischen Luftverteidigungskräfte bis zu 50 ausländische Spionageflugzeuge und an die 20 unbemannte Aufklärungsluftfahrzeuge in der Nähe unserer Grenzen. In der Schwarzmeerregion wurden 2019 und 2020 um 40 Prozent häufiger ausländische Spionageflugzeuge gesichtet als davor. Im selben Zeitraum nahmen die luftgestützten Aufklärungsaktivitäten in der Nähe der Krim um 61 Prozent zu. Die Gesamtzeit, die NATO-Kriegsschiffe in Gewässern des Schwarzen Meeres verbringen, ist um 30 Prozent angestiegen, wobei bis zu 40 Prozent dieser Schiffe mit Präzisionswaffen mit großer Reichweite ausgerüstet sind. Unter ihnen ist übrigens die *USS Roosevelt*, ein Zerstörer, der bis zu 90 Marschflugkörper des Typs Tomahawk befördern kann. Die Aktivitäten der Seestreitkräfte des Bündnisses haben in der Barentssee und in der Ostsee ebenfalls zugenommen.

Eine der von der NATO eingegangenen Verpflichtungen war, nicht mehr so nahe an die russischen Grenzen heranzukommen. Wir haben uns daran gewöhnt, dass unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen die vielen Verpflichtungen, die sie in den 1990er Jahren eingegangen sind, immer öfter ignorieren. Und wenn wir ein neuerliches Bekenntnis zu deren Inhalt anregen – zum Beispiel zum Prinzip der Unteilbarkeit der Sicherheit oder des Verzichts darauf, die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken –, gehen sie dem aus dem Weg. Ich wünschte, ich läge falsch, aber es drängt sich einfach die Schlussfolgerung auf, dass sie irgendwelche heimtückischen Pläne in Bezug auf Russland verfolgen. Wie sonst lässt sich die fehlende Reaktion auf die russischen Vorschläge für eine Deeskalation der Lage an der Kontaktlinie zwischen Russland und der NATO erklären? Wie bereits bei zahlreichen Gelegenheiten angemerkt, bleiben diese Vorschläge weiterhin aufrecht.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der derzeitigen Risiken und Herausforderungen für die Sicherheit möchte ich das Thema der sogenannten Bedrohungen „unterhalb der Schwelle zu einem bewaffneten Konflikt“ ansprechen.

Bekanntlich benötigt man für die erfolgreiche Durchführung „hybrider“ Aktivitäten globale und allgegenwärtige Medien, einen Vorsprung in der Informations- und Telekommunikationstechnologie, eine Konzentration von Einflussmöglichkeiten auf das globale Finanzsystem sowie Erfahrung im Einsatz von Spezialkräften in anderen Ländern und Regionen. Es ist ziemlich eindeutig, wer über ein derartiges „Instrumentarium“ verfügt und dieses in der Praxis einsetzt.

Es wäre zum Beispiel keine große Neuigkeit, wenn ich sagte, dass die US-amerikanischen Internet-Giganten die Tatsache ausnützen, dass es keine Regelungen für ihre Aktivitäten auf internationaler Ebene gibt. So wurden während der Wahlen zur achten Staatsduma der Föderationsversammlung der Russischen Föderation 50 Prozent der Cyberangriffe auf die Website der Zentralen Wahlkommission von den Vereinigten Staaten aus durchgeführt. Hochrangige Beamte der russischen Botschaft in Washington erbrachten bei Treffen im Weißen Haus und im Außenministerium Beweise für Einmischungen in die inneren Angelegenheiten unseres Landes.

Wir können auch ganz klar erkennen, wer in der OSZE am häufigsten das Thema der „hybriden“ Bedrohungen zur Sprache bringt und versucht, andere Länder in ein schlechtes Licht zu bringen oder unter Einsatz von Propaganda zu einem Feindbild zu machen. Damit aktivieren diese Teilnehmerstaaten selbst – bewusst oder unbewusst – „hybride“ Mechanismen. Wie das Sprichwort sagt, „verrät sich ein böses Gewissen selbst“. Wir erachten es als notwendig, davor zu warnen, dass der Einsatz „hybrider“ Systeme zur Lösung geopolitischer und ökonomischer Probleme unweigerlich zu einer Schwächung der internationalen Sicherheit und Kooperation führt.

Unsere Kolleginnen und Kollegen haben in der heutigen Debatte erneut die gemeinsame russisch-belarussische strategische Übung „Zapad 2021“ erwähnt. Ich möchte daran erinnern, dass wir beizeiten Unterrichtungen zu dieser Übung organisiert hatten. Diese wurden hier in Wien im Forum für Sicherheitskooperation (FSK) durch das russische und das belarussische Verteidigungsministerium in Moskau bzw. Minsk durchgeführt. In den Medien und sozialen Medien wurde ausführlich über die Parameter und den Ablauf der Manöver

berichtet. In Moskau akkreditierte Militärattachés wurden als Beobachter eingeladen. Was hätten wir sonst noch tun sollen, um unsere westlichen Partner zu beruhigen?

Wir möchten betonen, dass die Höchstzahl des Personals in den Truppenteilen, die an der russisch-belarussischen Übung unter einheitlicher Führung beteiligt waren – ein im Wiener Dokument 2011 geregelter Parameter – auf russischem Hoheitsgebiet nicht mehr als 6 400 Personen betrug, was wesentlich unterhalb der Schwelle für anzukündigende militärische Aktivitäten liegt. Denjenigen, die diese Zahl infrage stellen, empfiehlt sich, im Wiener Dokument nochmals aufmerksam nachzulesen, welche Kräfte in seinen Geltungsbereich fallen und welche nicht.

Bedauerlicherweise legt das Bündnis nicht immer diese Offenheit an den Tag. Die NATO verfolgt seit längerem die Strategie, ihre Übungen in mehrere Etappen aufzuteilen, um die Notifizierungsschwelle zu umgehen, obwohl diese Übungsaktivitäten einen einzigen operativen Kontext haben und unter Einsatz derselben Kräfte und Ausrüstungen unter der Ägide einzelner Staaten, der NATO oder der US-Luftstreitkräfte in Europa durchgeführt werden. Das war zum Beispiel bei den Manövern der Fall, die unter US-amerikanischer Leitung im Mai und Juni dieses Jahres auf dem Hoheitsgebiet von 16 Staaten zwischen dem Baltikum im Norden und dem Balkan im Süden durchgeführt wurden. Die NATO hat unsere Beobachter nicht zu diesen Manövern eingeladen.

Lassen Sie mich nun noch auf das Baltikum eingehen. Unsere geschätzten Kolleginnen und Kollegen aus Lettland und Litauen haben die „friedensfördernde“ Erweiterung der NATO-Präsenz an der „Ostflanke“ erwähnt. In diesem Zusammenhang sei an die Erfahrung von Afghanistan erinnert, das in den Genuss einer „privilegierten“ Partnerschaft mit dem Bündnis kam. Wir alle wissen nur allzu gut, wie das dann ausgegangen ist.

Was die Erklärungen der Vertreterinnen und Vertreter des Nordatlantikkblocks zur Notwendigkeit einer Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 anbelangt, ist unser Standpunkt hinreichend bekannt. Es wird keinerlei Schritte in diese Richtung geben, solange die NATO das Säbelrasseln an unseren Grenzen fortsetzt.

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal der heutigen FSK-Sitzung.

986. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 992, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

ich möchte den verehrten Rednern für ihre wertvollen Beiträge danken.

Erlauben Sie mir, auch dem österreichischen Vorsitz des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) dafür zu danken, dass er den heutigen Sicherheitsdialog dem Thema „Risiken und Herausforderungen für die Sicherheit“ gewidmet hat.

Herr Vorsitzender,

Risiken und Herausforderungen, wie sie im OSZE-Rahmen für Rüstungskontrolle klar definiert sind, gibt es im OSZE-Raum nach wie vor. Und seit der Verabschiedung dieses Dokuments im Jahr 1996 sind noch neue hinzugekommen.

Wir sind der Ansicht, dass viele dieser Risiken und Herausforderungen von einem gravierenden Vertrauensdefizit zwischen den Teilnehmerstaaten herrühren.

Bedauerlicherweise tritt im gesamten OSZE-Raum Konfrontation an die Stelle von Kooperation.

Wir brauchen einen ehrlichen und echten Dialog zwischen den Teilnehmerstaaten, um das Vertrauen wiederherzustellen.

Offene diplomatische Kanäle liefern das wirksamste Instrumentarium, um die derzeitigen Risiken und Herausforderungen zu bewältigen.

Ein konstruktiver Dialog sollte üblicherweise die erste Reaktion auf die Wahrnehmung von Bedrohungswahrnehmungen sein. Dies ist keine einfache Aufgabe, aber sie ist machbar.

Darüber hinaus ist die vollständige Umsetzung der bestehenden Verpflichtungen eine absolute Notwendigkeit.

Die Türkei hat ein Mehr an Offenheit, Transparenz und Berechenbarkeit im politisch-militärischen Umfeld stets begrüßt und befürwortet.

Wie bereits im Konzeptpapier des FSK-Vorsitzes für den heutigen Sicherheitsdialog betont, sind wir davon überzeugt, dass der zunehmende Missbrauch technologischer Innovationen eine weitere Herausforderung für unsere Sicherheit darstellt.

Einige asymmetrische Taktiken nehmen mit Hilfe technologischer Entwicklungen die Schwachstellen von Staaten ins Visier. Cyberangriffe oder Desinformationskampagnen werden zur Erreichung politischer Ziele eingesetzt.

Wir erleben auch, wie nichtstaatliche Akteure, insbesondere terroristische Organisationen, einige dieser neuen Taktiken für ihre verabscheuungswürdigen Aktivitäten anwenden können.

Als ein Land, das sich seit Langem im Kampf gegen terroristische Gruppen befindet – wie die PKK/YPG/PYD, Daesch und FETÖ –, war die Türkei immer schon mit der Bedrohung durch den Terrorismus konfrontiert.

Ungeachtet unserer Aufforderungen nutzen ihre Fassadenorganisationen und Ableger nach wie vor die in manchen Ländern bestehenden rechtlichen Schlupflöcher aus und ermöglichen so den genannten terroristischen Organisationen, ihre Rekrutierungs-, Propaganda- und finanziellen Aktivitäten fortzusetzen.

Dies ist für die Türkei eine echte Sicherheitsbedrohung.

Wie im letzten Unterabsatz von Absatz 7 des OSZE-Rahmens für Rüstungskontrolle festgelegt, muss sichergestellt sein, „daß bei der Bekämpfung des Terrorismus in jeglicher Form und in all seinen Praktiken – auch bei der Durchführung bestehender Verpflichtungen – umfassend zusammengearbeitet wird“.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um unsere Aufforderung an alle Teilnehmerstaaten zu wiederholen, den Grundsatz „entweder ausliefern oder strafrechtlich verfolgen“ konsequent umzusetzen und jeglichen Missbrauch des Flüchtlingsstatus durch diejenigen, die an terroristischen Handlungen beteiligt sind, zu verhindern.

Herr Vorsitzender,

die irreguläre Migration ist eine weitere Herausforderung, die das gegenwärtige Sicherheitsumfeld verschlimmert.

Die Türkei vertritt die Ansicht, dass eine nachhaltige Lösung für die irreguläre Migration erst dann erreicht werden kann, wenn die „Push-Faktoren“ wie Kriege und Konflikte, Menschenrechtsverletzungen und wirtschaftliche Not in vielen der Herkunftsländer angegangen werden.

Die Zielländer sollten Friedensprozesse unterstützen, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten in von Konflikten betroffenen Gebieten fördern und ihre Ausgaben für humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe in Transit- und Herkunftsländern erhöhen.

Auf der anderen Seite ist eine alarmierende Zunahme von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Hassrede, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus im OSZE-Raum zu beobachten, was die bestehenden Risiken und Herausforderungen vervielfachen könnte.

Diese Entwicklung bedroht nach wie vor unsere gemeinsamen Werte sowie Frieden und Eintracht in unseren Gesellschaften.

Herr Vorsitzender,

nicht zuletzt bedeuten die fortdauernden Konflikte im OSZE-Raum eine weitere Bedrohung für Frieden und die Stabilität in der Region.

Die uneingeschränkte Achtung der territorialen Integrität, der Souveränität und der Unabhängigkeit der Staaten ist das Schlüsselement zur Lösung dieser Konflikte.

Das FSK sollte weiterhin eine bedeutende Rolle in der Bekämpfung all dieser Bedrohungen in der politisch-militärischen Dimension spielen. Die Türkei ist weiterhin bereit und willens, einen Beitrag zu den diesbezüglichen Bemühungen zu leisten.

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

986. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 992, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER TÜRKEI**

Herr Vorsitzender,

da mein Land erwähnt wurde, möchte ich von meinem Recht auf Erwidern Gebrauch machen, um auf die Fragen zu antworten, die vom geschätzten armenischen Kollegen aufgeworfen wurden.

Wir weisen diese haltlosen Anschuldigungen gegen die Türkei samt und sonders zurück.

Es ist allseits bekannt, dass die Türkei und Aserbaidschan seit mehreren Jahren in transparenter Weise gemeinsame Militärübungen durchführen.

Die Türkei stellt in gutem Glauben über die amtlichen Quellen Informationen über diese militärischen Aktivitäten zur Verfügung.

Alle diese Übungen werden im Einklang mit den Bestimmungen des Wiener Dokuments durchgeführt und sind nicht gegen irgendein Drittland gerichtet.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich erneut darauf hinweisen, dass wir der armenischen Delegation, sollte sie Besorgnisse in Bezug auf die Schwellenwerte und Bestimmungen des Wiener Dokuments haben, nachdrücklich nahelegen, sich den Bemühungen um die Modernisierung des Wiener Dokuments anzuschließen und ihre Vorschläge einzubringen.

Abschließend möchte ich auch nochmals unsere Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass konstruktiver Dialog, und nicht gegenseitige Schuldzuweisungen, üblicherweise die erste Reaktion auf die Wahrnehmung von Bedrohungen sein sollte. Keine einfache Aufgabe, aber machbar.

Wir ersuchen Sie höflich, Herr Vorsitzender, sowohl unsere vorherige als auch diese, unter Wahrnehmung unseres Rechts auf Erwidern abgegebene Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

Danke.

986. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 992, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION ARMENIENS**

Herr Vorsitzender,

die Delegation Armeniens möchte sich dem Dank der anderen Delegationen an die geschätzten Hauptreferenten des heutigen Sicherheitsdialogs für ihre interessanten Vorträge anschließen.

Beim letzten Treffen des Forums für Sicherheitskooperation (FSK) haben wir uns die Anfänge des Rüstungskontrollregimes im OSZE-Raum, die Ideen, die in jenen Tagen die Teilnehmerstaaten einten, und die Entwicklung der Bedrohungen und Herausforderungen angesehen, die zum gegenwärtigen komplexen und unvorhersehbaren Sicherheitsumfeld geführt haben, das von zahlreichen bekannten, aber auch neuen Sicherheitsbedrohungen geprägt ist. Das Auftreten neuartiger Sicherheitsbedrohungen hat jedoch weder die Auswirkungen konventioneller Bedrohungen gemildert noch zur Abschaffung des traditionellen Sicherheitsansatzes – also des Bestrebens, die Androhung oder Anwendung von Gewalt zu verhindern – geführt.

In Anbetracht der Sicherheitsbedrohungen durch unangekündigte militärische Übungen und Aktivitäten veranstaltete der armenische FSK-Vorsitz am 23. Juni einen Sicherheitsdialog zur Transparenz bei militärischen Übungen und Aktivitäten, bei dem die Auswirkungen des Mangels an militärischer Transparenz und die Notwendigkeit für gemeinsames Handeln aufgezeigt werden sollten, um einer weiteren Verschlechterung des Sicherheitsumfelds im OSZE-Raum vorzubeugen. Militärische Transparenz ist von wesentlicher Bedeutung, um Vertrauen und Zuversicht unter den OSZE-Teilnehmerstaaten aufzubauen, und wir möchten dem österreichischen Vorsitz dafür danken, dass er diesem Thema einen wichtigen Platz auf der FSK-Agenda einräumt.

Herr Vorsitzender,

unangekündigte militärische Übungen stellen weiterhin eine große Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum dar, insbesondere diejenigen, die in nächster Nähe von Konfliktzonen durchgeführt werden. Meine Delegation hat immer wieder laut und deutlich auf den direkten Zusammenhang zwischen groß angelegten militärischen Übungen und der Wahrscheinlichkeit von Gewaltanwendung hingewiesen. Der Angriffskrieg, der am

27. September 2020 gegen Arzach losgetreten wurde, macht eindringlich klar, wie militärische Übungen zur Vorbereitung tatsächlicher Offensiven genutzt werden können. So hatte vor dem Angriffskrieg gegen Arzach eine unangekündigte gemeinsame türkisch-aserbaidshische Militärübung stattgefunden, an der Tausende Militärangehörige, Hunderte gepanzerte Kampffahrzeuge sowie Artilleriegeschütze und Militärflugzeuge, darunter türkische F-16-Kampfflugzeuge und unbemannte Fluggeräte, beteiligt waren. Erwähnenswert ist, dass – unter eindeutiger Missachtung der von diesen beiden Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen – die Übung dazu genutzt wurde, türkische Militärausrüstung und türkisches militärisches Personal nach Aserbaidshen zu verlegen, wo sie anschließend im Krieg gegen Arzach eingesetzt wurden.

Herr Vorsitzender,

während schon die konventionelle Rüstungskontrolle mit immer größer werdenden Herausforderungen und Bedrohungen konfrontiert ist, vervielfachen sich die konventionellen Sicherheitsrisiken zusätzlich durch das Aufkommen neuer Waffen und Technologien. Die wachsende Kluft zwischen neu entstehenden Sicherheitsherausforderungen auf der einen und den begrenzten Fähigkeiten und der mangelnden Entschlossenheit in unserer Organisation auf der anderen Seite verlangt nach einem kohärenten und gezielten Ansatz in der Rüstungskontrolle.

Tempo und Umfang der technologischen Entwicklungen im Bereich der konventionellen Waffen und deren Auswirkungen auf die Sicherheit im OSZE-Raum erfordern unsere ständige Aufmerksamkeit und müssen gründlich erörtert werden. Die während des armenischen FSK-Vorsitzes geführten Gespräche haben gezeigt, dass die neuen Waffen und Technologien, wie künstliche Intelligenz, Hyperschallwaffen, Robotik und autonome Waffensysteme, primär destruktiver Natur sind und dass dafür entsprechende rechtliche und ethische Auflagen geschaffen werden müssen. Das Thema der modernen Kriegsführung verlangt ganz klar nach der verstärkten Aufmerksamkeit des FSK, und wir begrüßen daher seine Aufnahme in das Arbeitsprogramm des österreichischen Vorsitzes.

Herr Vorsitzender,

gestatten Sie mir, abschließend unserer Hoffnung Ausdruck zu geben, dass die Teilnehmerstaaten in der Lage sein werden, die damaligen Ideen der Koexistenz und der Zusammenarbeit neu aufleben zu lassen und einen sinnvollen Dialog für eine sichere Zukunft aufzunehmen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

986. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 992, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wie bereits zu einem früheren Zeitpunkt klargestellt, hält es die Delegation der Russischen Föderation nicht für notwendig, den Propagandaübungen der ukrainischen Delegation Gehör zu schenken oder auf Geheiß der ukrainischen Delegation Diskussionen über ein bestimmtes Thema zu führen, zumal die Ukraine in der gegenwärtigen Phase eigentlich von außen gesteuert wird und kein unabhängiger Akteur in den internationalen Beziehungen ist. Dies kommt regelmäßig in den Erklärungen des westlichen „Quartetts“ im Forum für Sicherheitskooperation zum Ausdruck, deren Einstellung nun darauf hinausläuft, die Kriegsverbrechen der faschistischen Streitkräfte der Ukraine und der marodierenden neonazistischen Formationen einfach hinzunehmen. Sie sind mitverantwortlich für das andauernde Blutvergießen im Donbass.

In diesem Zusammenhang halte ich es für äußerst wichtig, auf die schrecklichen Ereignisse aufmerksam zu machen, die sich gestern, am 21. September – also am von der Generalversammlung der Vereinten Nationen festgesetzten Internationalen Tag des Friedens –, im Donbass ereignet haben. Es ist bezeichnend, dass die ukrainischen Sicherheitskräfte, während sie von der internationalen Gemeinschaft aufgefordert wurden, von Gewaltanwendung und Waffeneinsatz Abstand zu nehmen, den Beschuss von zivilen Objekten und der Zivilbevölkerung in bestimmten Gebieten der Region Donezk erst recht intensivierten – eine Vorgehensweise, die Merkmale von Völkermord und Kriegsverbrechen aufweist.

Medienberichten aus Donezk zufolge wurde die Siedlung Jassinowata von den Stellungen der 25. Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus unter Mörsergranatenbeschuss genommen. Die ukrainischen Sicherheitskräfte feuerten 15 Mörsergeschosse mit einem Kaliber von 120 mm ab. Unter Verstoß gegen sämtliche Normen des humanitären Völkerrechts wurde auch ins Innere eines Schulgebäudes geschossen, in dem sich zu dem Zeitpunkt 63 Kinder und 53 Lehrer und Mitarbeiter befanden. Alle Kinder und das gesamte Schulpersonal wurden sofort in Sicherheit gebracht. Es war reines Glück, dass niemand verletzt wurde.

Diese Geschehnisse zeigen wieder einmal, wie durch und durch verdorben das pronazistische Regime in Kiew ist: Der angebliche Krieg mit einem „äußeren Feind“ dient ihm als Mittel zur Absicherung der eigenen Existenz. Ein Ende des Kriegs würde seinen endgültigen Untergang bedeuten. Genau aus diesem Grund vernehmen wir, wie die ukrainischen Behörden in ihren Erklärungen die Minsker Vereinbarungen und insbesondere das Minsker Maßnahmenpaket – den international anerkannten Rahmen für die Beilegung des innerukrainischen Konflikts – infrage stellen. Lassen Sie uns sehen, wie Wolodymyr Selenskyj vom erhabenen Podium der Vereinten Nationen aus versuchen wird, diese Verbrechen zu rechtfertigen.

Abschließend fordern wir die Ukraine und ihre externen „Einflüsterer“ auf, endlich damit aufzuhören, die wirklichen Gründe und den Verlauf der innerukrainischen Krise falsch darzustellen. Um die bewaffnete Konfrontation im Donbass rasch zu beenden, ist es notwendig, gezielten Einfluss auf die ukrainische Führung zu nehmen, um durch einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Luhansk die vollständige und koordinierte Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets sicherzustellen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages hinzuzufügen.